

home & care

Hinweise, Nachrichten und Hintergründe zur Asylpolitik

Ausgabe März/April 2016

Studie: Trotz Vorbehalten weiter Hilfsbereitschaft

Die meisten Deutschen stehen dem Zustrom Geflüchteter zwar skeptisch gegenüber, dennoch ist die Bereitschaft zu Engagement und Hilfeleistungen für Flüchtlinge hierzulande weiterhin groß. Zu diesem Ergebnis kommt eine aktuelle Erhebung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin).

Demnach hat so gut wie jeder dritte Bundesbürger Flüchtlinge seit dem vergangenen Jahr bereits mit Geld- oder Sachspenden unterstützt. Rund 44 Prozent der Befragten gaben zudem an, sich in Zukunft auf die eine oder andere Weise für Flüchtlinge einsetzen zu wollen. Und sechs von sieben Menschen, die sich bereits für Flüchtlinge einsetzen, wollen das auch weiterhin tun.



gettyimages/Sean Gallup

Mehr Asylanträge angenommen

Die Zahl der positiv beschiedenen Asylanträge steigt. Wie das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) mitteilte, erhöhte sich die Quote der angenommenen Anträge im Februar dieses Jahr auf rund 65 Prozent. Zum Vergleich: Im Gesamtjahr erreichte die Anerkennungsquote laut BAMF knapp 50 Prozent.

Mit den anerkannten Asylanten steigt die Zahl der als arbeitslos Registrierten

Analog zu dem deutlich gewachsenen Zuzug von Flüchtlingen nach Deutschland ist auch deren Anteil an der hiesigen Arbeitslosenstatistik gestiegen. Wie laut einem Bericht der „Passauer Neuen Presse“ aus Daten des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesagentur für Arbeit (BA) hervorgeht, lag im Februar 2016 die Zahl der Arbeitslosen aus Afghanistan, Eritrea, Irak, Iran, Nigeria, Pakistan, Somalia und Syrien bei 110.228 Personen. Ein Jahr zuvor waren es demnach nur 65.213. In der offiziellen Arbeitslosenstatistik erscheinen Flüchtlinge erst nach Abschluss ihres Asylverfahrens.

Jobchancen für



fröhlich Marketing Business

Wer Deutsch spricht, ist eindeutig im Vorteil, wenn es darum geht, einen Job zu finden. So simpel lässt sich die wichtigste Grundvoraussetzung formulieren, um als Migrant hierzulande ein Arbeitsverhältnis zu begründen. Doch es gibt auch Branchen, wie den Dienstleistungsbereich, die auch an Mitarbeitern interessiert sind, die des Deutschen nicht unbedingt so mächtig sein müssen. Hier bieten sich Chancen für Migranten, eine Arbeit aufzunehmen und damit einen wichtigen Schritt bei der Integration in der neuen Heimat zu tun.

„**S**prache ist der wichtigste Schlüssel zur Teilhabe am Arbeitsmarkt und damit zur gesellschaftlichen Teilhabe“, stellt die Vorsitzende des Verwaltungsrats der Bundesagentur für Arbeit (BA), Annelie Buntenbach, fest. Daher habe man auch schnell und unbürokratisch mit der Förderung von Spracheinstiegskursen für Flüchtlinge mit guter Bleibeperspektive begonnen. Die BA hatte diese Sprachkurse im Oktober vergangenen Jahres kurzfristig beschlossen und damit auf die verstärkte Zuwanderung von Flüchtlingen nach Deutschland reagiert, wie Buntenbach, die auch dem Vorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) angehört, sagte.

Die Maßnahme, mit dem Ziel erste Kenntnisse der deutschen Sprache zu vermitteln, wurde dann sogar erfolgreicher als gedacht. Ursprünglich hatte die BA nämlich mit bis zu 100.000 Kursteilnehmern bis Jahresende gerechnet. Tatsächlich meldeten sich bei den Bildungsträgern jedoch mehr als doppelt so viele Interessenten, bundesweit genau 222.282. Dies mache ein „überwältigendes Interesse“ in der Zielgruppe an den Sprachkursen deutlich, kommentierte der stell-

vertretende Vorsitzende des BA-Verwaltungsrats, Peter Clever. Er leitete aus den Zahlen zudem eine ausgeprägte Motivation unter den Flüchtlingen mit hoher Bleibeperspektive, sich schnell zu integrieren, ab.

Der Integrationswille dieser Menschen, gepaart mit dem Wunsch nach einer Arbeitsstelle, ist somit zahlreich vorhanden. Allerdings fällt es mangels ausreichender Sprachkenntnisse, unzulänglicher Qualifikation bzw. aufgrund von Problemen bei der adäquaten Anerkennung der in den Heimatländern erworbenen Bildungsabschlüsse vielfach nicht leicht, sich in den hiesigen Arbeitsmarkt zu integrieren. Auf der anderen Seite klagen einige Wirtschaftsbereiche seit Jahren über mehr oder weniger große Personalnot.

Flüchtlinge

Als besonders aussichtsreiche Branchen für anerkannte Flüchtlinge gelten: das Handwerk, Hotellerie und Gastronomie, Hoch- und Tiefbau, der Pflegebereich, die Logistik sowie der Garten- und Landschaftsbau.

Beginnen wir mit der „Wirtschaftsmacht von nebenan“, als die sich das **Handwerk** selbst bezeichnet: „Gerade im Handwerk gibt es viele Beschäftigungspotentiale“, sagte BA-Chef Frank-Jürgen Weise bei der Vorstellung der gemeinsamen Qualifizierungsinitiative für junge Flüchtlinge des Bundesbildungsministeriums (BMBF), der BA und des Zentralverbands des Deutschen Handwerks (ZDH) in diesem Februar. Das Programm „Perspektive für junge Flüchtlinge im Handwerk“ soll bis zu 10.000 junge Menschen dabei unterstützen, grundlegende Sprachkenntnisse und Berufskennnisse im handwerklichen Bereich zu erwerben, damit anschließend eine Ausbildung in einem Handwerksberuf möglich wird. Laut ZDH fehlen dem Handwerk in Deutschland rund 17.000 Lehrstellenbewerber. Teilnahmeberechtigt an dem gemeinsamen Qualifizierungsprogramm sind Asylberechtigte und anerkannte Flüchtlinge sowie Asylbewerber oder Geduldete mit Arbeitsmarktzugang. Voraussetzung sind ein Integrationskurs und Sprachkenntnisse.

Im **Gastgewerbe** kommen schon seit Jahrzehnten Menschen unterschiedlichster Herkunft unter – gleichzeitig wird immer Personal gesucht. So konnte die Branche nach Auskunft ihres Spitzenverbands Dehoga allein im vergangenen Jahr mehr als 30.000 Stellen und rund 7.000 Ausbildungsplätze nicht besetzen. Auch hier sind Flüchtlinge als Mitarbeiter willkommen, wie die Verbandsspitze betont.

Den **Pflegebereich** kennzeichnet ein schon fast chronischer Arbeitskräftemangel. Inwieweit dem mit Flüchtlingen abgeholfen werden kann, muss sich nach Aussage von Brancheninsidern erweisen. Hier dürften wohl insbesondere weibliche Migranten angesprochen sein. Der grundsätzliche Personalbedarf der Branche ist davon jedoch unberührt.

Auf dem Bau herrscht, wie eine der bekanntesten Baustellen der Geschichte bewies, schon von alters her „babylonische Sprachverwirrung“ – will sagen eine Mischung von Kollegen aus vielen Ländern – vor. Allerdings warnte der Verband der deutschen Bauindustrie im vergangenen Herbst vor der „Illusion“, Flüchtlinge könnten schnell in den deutschen Arbeitsmarkt integriert werden – und zog sich damit die Kritik der industriellen Spitzenverbände zu. Diese betonen nämlich, bei allem Nachschulungsbedarf, dass der Migration die Chance innewohne, dem Fachkräftemangel in der deutschen Wirtschaft abzuhelpfen.

BA: Deutscher Arbeitsmarkt kann jährlich 350.000 Flüchtlinge aufnehmen

Der deutsche Arbeitsmarkt verträgt nach Einschätzung der Bundesagentur für Arbeit (BA) jedes Jahr rund 350.000 Flüchtlinge. Denn jährlich entstehen hierzulande etwa 700.000 Arbeitsplätze neu. Durch die Migranten werde auch keine Konkurrenz zu arbeitslosen Deutschen aufkommen, meint BA-Vorstand Detlef Scheele. Dafür sei diese Gruppe zu klein, sagte Scheele der „Welt“.

Für kurzfristige Abhilfe beim Fachkräftemangel in der deutschen Wirtschaft werden die Flüchtlinge demnach aber ebenfalls nicht sorgen. Denn die Eingliederung dieser Menschen in den hiesigen Arbeitsmarkt wird Zeit in Anspruch nehmen. Laut Scheele ist davon auszugehen, dass zehn Prozent der Flüchtlinge nach einem Jahr eine Arbeit finden können, 50 Prozent nach fünf Jahren und 75 nach zwölf bis 13 Jahren. Wenn es dagegen gelingt, Kinder und Jugendliche schnell in die deutschen Regelschulen einzugliedern, dann können diese aus Sicht der BA künftig einen spürbaren Beitrag gegen den Fachkräftemangel leisten.

Doch Scheele rechnet mit Problemen, jüngere Flüchtlinge von dem Wert einer beruflichen Ausbildung zu überzeugen. Dafür fehle häufig das Verständnis, so der BA-Vorstand. Zudem weiß er um den Wunsch vieler junger Flüchtlinge, schnell Geld zu verdienen, auch um die Familie daheim zu unterstützen.

Mehrheit aller EU-Bürger will gemeinsame faire Asylpolitik

Im Gegensatz zu ihren Regierungen sind sich die EU-Bürger einig: Die große Mehrheit von ihnen wünscht eine gemeinsame europäische Lösung der Flüchtlingskrise. Dazu gehört nach ihrer Ansicht insbesondere auch eine faire Lastenverteilung. Nationale Alleingänge lehnen die Bürger in der Europäischen Union dagegen mehrheitlich ab. Das macht eine aktuelle Umfrage der Bertelsmann-Stiftung in den 28 EU-Mitgliedstaaten deutlich.

In der Befragung sprachen sich 87 Prozent der EU-Bürger für eine gemeinsame Sicherung der EU-Außengrenzen aus. 79 Prozent von ihnen sind demnach für eine faire Verteilung der Asylsuchenden auf alle Mitgliedsländer der Gemeinschaft. Und 69 Prozent der Befragten sind der Ansicht, dass Mitgliedstaaten, die

sich weigern, ihren fairen Anteil der Verantwortung zu übernehmen, weniger Geld von der EU erhalten sollten.

Unterschiede offenbaren sich allerdings in der öffentlichen Meinung der alten und neuen EU-Mitgliedsstaaten, vor allem in zwei Punkten: So finden lediglich 54 Prozent der Bürger in den neuen EU-Staaten, dass Asylbewerber fair verteilt werden sollten. Dies meinen dagegen 85 Prozent in den alten EU-Mitgliedern. Und nur 41 Prozent der Befragten in den ab 2004 neu hinzugekommenen EU-Staaten sehen finanzielle Nachteile für Staaten als gerechtfertigt an, die keinen fairen Anteil an Asylbewerbern aufnehmen wollen – im Gegensatz zu 77 Prozent in den alten EU-Staaten.

2015: Fünfmal mehr Attacken auf Flüchtlingsheime

Traurige Jahresbilanz 2015: Im vergangenen Jahr hat die Bundesregierung mehr als 1.000 Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte registriert. Damit habe sich die Zahl solcher Attacken gemessen am Vorjahr verfünffacht, teilte Bundesjustizminister Heiko Maas mit. Er fordert eine schnellere Aufklärung von fremdenfeindlichen Straftaten.

Wie aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine parlamentarische Anfrage im Bundestag hervorgeht, verzeichneten die deutschen Sicherheitsbehörden 2015 die meisten Attacken auf Flüchtlingsheime in Nordrhein-Westfalen (219). Danach folgte Sachsen mit 109 solcher Delikte. In Relation zur Einwoh-

nerzahl beider Bundesländer liegt allerdings Sachsen deutlich vorn, da in dem Freistaat 4 Millionen und in NRW mehr als 17 Millionen Menschen leben.

In der bundesdeutschen Rangfolge der Übergriffe nimmt Niedersachsen mit 98 Attacken Platz 3 ein, vor Bayern (74) und Baden-Württemberg (70).

Die an solchen Straftaten Beteiligten dürften nicht ungestraft davonkommen, betonte der Bundesjustizminister. Er will sich mit seinen Kollegen aus den Bundesländern dafür einsetzen, dass fremdenfeindliche Übergriffe in Zukunft schneller aufgeklärt und die Täter konsequent bestraft werden.

IMPRESSUM

Vi.S.d.P.: Prof. Dr. Klaus Kocks

STIFTUNG SOZIALER DIENST
Chilehaus
Fischertwiete 2
20095 Hamburg
DEUTSCHLAND
public.service@mailtrack.de

Eine Initiative der
European Homecare GmbH
Alfredstraße 234
45133 Essen

